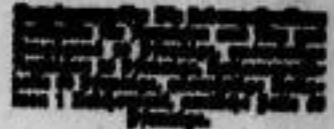


Auer Tageblatt

Veröffentlichung des Reichs-
anzen für das Erzgebirge
Sonderdruck Nr. 25.

Anzeiger für das Erzgebirge



Telegramme: Engelhard-Franzosenberg. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue.

Postfach-Nr. 1000

Nr. 125

Dienstag, den 2. Juni 1931

26. Jahrgang

Die Unterzeichnung der Notverordnung

Berlin, 31. Mai. Die Beratungen des Reichskabinetts, die am Sonnabend bis in die Abendstunden gebauert haben, werden am Montag fortgesetzt. Der Abschluß ist für Dienstag zu erwarten, so daß wahrscheinlich noch im Laufe des Dienstags eine Konferenz der Ministerpräsidenten der deutschen Länder in Berlin stattfinden kann, die im wesentlichen informativ Zweck haben über den Inhalt der nunmehr fertiggestellten neuen Notverordnung dienen würde.

Für Mittwoch rechnet man mit dem Vortrag des Reichskanzlers beim Reichspräsidenten und mit der Unterzeichnung der Notverordnung durch den Reichspräsidenten. Am Mittwochabend reisen der Kanzler und der Außenminister bekanntlich nach England ab, und mit der Verkündung der Notverordnung ist nach wie vor während des Aufenthaltes des Kanzlers in England zu rechnen. Die Verkündung wird wahrscheinlich von einem Aufruf an die Bevölkerung begleitet sein, in dem besonders auf die gleichzeitige außenpolitische Aktion zur Herabsetzung der Zinslasten hingewiesen werden dürfte.

Inzwischen wird man besonders der Stellungnahme der Parteien verstärktes Interesse zuzuwenden haben, da nicht nur die Sozialdemokratische Partei sich auf ihrem heutigen Parteitag in Leipzig mit der Notverordnung beschäftigt, sondern da auch die Deutsche Volkspartei für Montag nachmittag eine Fraktionssitzung nach Berlin einberufen hat, in der man voraussichtlich starke Kritik an den Steuermaßnahmen aben wird, die in der Notverordnung enthalten sein werden. Mit einer Einberufung des Reichstages ist jedoch schwerlich zu rechnen.

Eine deutsche Denkschrift für England?

London, 31. Mai. Sunday Dispatch meldet, daß außer dem Außenminister und dem ersten Lord der Admiralität Alexander auch der Kriegsminister Ton Shaw und der Handelsminister Graham bei den Besprechungen zwischen Macdonald und Dr. Brüning und Dr. Curtius in Chequers anwesend sein werden.

Der diplomatische Korrespondent des Observer meldet aus Kreisen, die in enger Berührung mit Brüning und Curtius stehen, daß die deutschen Minister eine Art Denkschrift mitbringen würden, die auf Henderson und Macdonald einen tiefen Eindruck machen werde. Demzufolge würden also die deutschen Staatsmänner lebhaft ihre Karten offen auf den Tisch legen und es den Engländern überlassen, ihre Schritte zu ziehen.

Der politische Korrespondent der Sunday Times hält britische Zustände für unwahrscheinlich. Er bemerkt, die Zubilligung eines Moratoriums oder anderer Zugeständnisse würde für England sehr schwer werden. Der Premierminister und seine Kollegen würden in dem Reparationspunkt sehr fest bleiben.

Observer betont, die Hauptfrage, deren Beantwortung Brüning, Macdonald und Henderson überlassen werde, sei folgende zu sein: Nachdem die deutsche Verpflichtung unter dem Youngplan automatisch infolge des Fallens der Weile um einen beträchtlichen Prozentsatz erhöht worden und es unwahrscheinlich sei, daß zwischen Juni und Oktober die deutsche Regierung in der Lage sein werde, ihre vollen Verpflichtungen ohne finanzielle Hilfe zu erfüllen, — sei es dann praktische Vorschläge von Seiten der Reichsgläubiger Deutschlands, einerseits Deutschland an die erhöhte Verpflichtung zu halten und andererseits sich dem einzig vorhandenen Mittel, die deutsche Zahlungsfähigkeit zu vergrößern, zu widerlegen? Der Korrespondent bemerkt, diese letztere Frage beziehe sich auf die geplante Österreichisch-deutsche Zollunion.

Sozialdemokratischer Parteitag in Leipzig

Leipzig, 31. Mai. Die Eröffnungsfestlichkeiten des Parteitages begannen mit einer großen Massenskundgebung auf dem Messplatz. An- und Abmarsch nahmen diese Stunden in Anspruch. Die Zahl der Teilnehmer wird auf 100 000 geschätzt. Reichstagsabgeordneter Lipinski eröffnete die Kundgebung. August Paris erklärte unter lebhaftem Beifall, daß, wenn die Abrüstungskonferenz die Befriedung der Welt nicht bringen sollte, diese Frage den Hauptgegenstand bei den nächsten Wahlen in Frankreich bilden werde. Der Präsident der sozialistischen Arbeiterinternationale, Vandervelde-Brüssel, bekräftigte das Verständnis der Internationale für die gegenwärtige Politik der deutschen Sozialdemokraten. Weiterhin trat er für eine gerechte Lösung der Reparationsfrage. Nach ihm sprachen Kusterly-Osterrich und ein Vertreter der tschechischen Sozialdemokraten.

Abends wurde der Parteitag im großen Saal des Volkshauses durch Lipinski-Leipzig eröffnet. Die einleitende Rede hielt der Parteivorstand Weis. Er gedachte eingangs seiner Ausführungen mit warmen Worten des unersehbaren Verlustes, den die Partei durch den Tod Hermann Müllers erlitten habe. Sodann setzte er sich in längeren Ausführungen mit den Nationalsozialisten auseinander. Die Sozialdemokratie, die die deutsche Arbeiterpartei sei und bleibe, werde mit allen Mitteln für die Erhaltung der demokratischen Freiheit und gegen die Errichtung einer reaktionären Gewaltherrschaft über das deutsche Volk kämpfen. Die Haltung der Partei in den letzten Monaten, fuhr Weis fort, entspreche ganz den Grundgedanken der Partei. Es müßte jeder Versuch unternommen werden, um die schwierigen wirtschaftlichen und politischen unlösbar scheinenden Problem auf friedliche Weise zu lösen. Wir wissen, daß unsere Taktik höchste Anforderungen an die Disziplin der Parteigänger gestellt hat. Trotz dieser unpopulären Taktik ist aber unsere Organisation von Monat zu Monat gewachsen. Demokratie oder Diktatur ist die Frage. Der Erfolg des Kampfes hängt vom Vertrauen in die Partei ab. Zum Schluß seiner Ausführungen beschäftigte sich Weis mit dem Kommunismus. Für die Kommunisten wie für die Nationalsozialisten arbeite die Rat. Für die Sozialdemokratie gelte es, das Erbe aus 70 Jahren nicht verschleudern zu lassen. Was sich in Rußland zeige, sei nicht eine Diktatur der Arbeiterklasse, sondern eine Diktatur über die Arbeiter und Bauern.

Zum Ehrenvorsitzenden des Parteitages wurde der greise Wilhelm Bod-Botha gewählt, zu Vorstehenden Otto Weis und Richard Lipinski. Nach Eröffnung des Tages wurde begrüßt als Vertreter des Rates der Stadt Leipzig Bürgermeister Schube den Parteitag. Zur Tagesordnung wurde ein Antrag, in dem die Aufforderung eines Korreferates aus dem Kreis der neun Abgeordneten, die gegen den Panzerkreuzer gestimmt haben, gefordert wurde, nach längerer Aussprache abgelehnt. In der Aussprache wurde scharf dagegen Stellung genommen, daß es einen rechten und linken Flügel der Partei gebe. Zum Schluß der Sitzung begrüßte der Parteivorstand Weis die ausländischen Vertreter, in deren Namen Gupsmans (Belgien) dankte.

Arbeiten und Ziele der Deutschen Kolonial-Gesellschaft

Berlin, 30. Mai. Unter großer Teilnahme von Vertretern der Reichsregierung und befreundeter Verbände begann hier heute im Hause der Deutschen Gesellschaft 1914 die Hauptversammlung der Deutschen Kolonialgesellschaft. In einer Eröffnungsansprache entwarf Gouverneur v. D. Dr. Schnee ein Bild der gegenwärtigen Lage auf kolonialem Gebiete. Er wies auf die starken Rückwirkungen der Weltwirtschaftskrise auf die deutschen Volksgenossen in den Überseegebieten hin, durch die vor allem das deutsche Schulwesen betroffen werde, das mehr denn je der Stütze aus der Heimat bedürfe. Das Hauptziel der Deutschen Kolonial-Gesellschaft sei nach wie vor die Wiedererlangung eigenen Kolonialbesitzes. Die Deutsche Kolonial-Gesellschaft wolle den kolonialen Gedanken in die weitesten Kreise des deutschen Volkes tragen und die Kolonialbewegung möglichst vereinheitlichen. Für die Kolonial-Gesellschaft sei allein die koloniale Woche maßgebend. Jede Parteipolitik lehne sie ab. Ein so großes Volk wie das deutsche brauche unbedingt für seine wirtschaftliche, kulturelle und seelische Entwicklung eigene überseeische Besitzungen, in denen es seine Fähigkeiten entfalten könne.

Nach der Ansprache Dr. Schnees wurden einstimmig folgende zwei

Entschlüsse

angenommen:

1. Die Entwicklung des deutschen Volkes ist durch den Raub der deutschen Kolonien auf das schwerste gefährdet. Die deutsche Wirtschaftskrise wird durch das Fehlen eigener überseeischer Rohstoffgebiete und der Beschäftigungsmöglichkeit deutscher Volksgenossen in deutschen Kolonialgebieten noch erheblich verschärft. Die aus allen Teilen Deutschlands bestellte Hauptversammlung der Deutschen Kolonialgesellschaft erhebt erneut mit Nachdruck die unüberwindbare Forderung, daß Deutschland den ihm gebührenden Anteil an überseeischem Besitz erhält und fordert die Reichsregierung auf, in aktiver und energischer Weise dafür zu sorgen, daß die berechtigten deutschen kolonialen Ansprüche bei jeder passenden Gelegenheit geltend gemacht werden.

2. Die Hauptversammlung der Deutschen Kolonialgesellschaft erhebt angesichts der in London stattfindenden Verhandlungen einer parlamentarischen Kommission über die Frage der Zusammenlegung des ostafrikanischen Mandatsgebietes mit den angrenzenden englischen Kolonien erneut Protest gegen die englischen Bestrebungen, den völkerrechtlichen Charakter des Großbritanniens anvertrauten Mandatsgebietes zu ändern und das ihm zur Verwaltung zu treuen Händen als Mandatsgebiet anvertraute Deutschostafrika dauernd dem britischen Reich einzuverleiben. Sie fordert von der Reichsregierung, daß sie alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel ergreift, um den Bruch des Mandatsystems und die Verletzung deutscher Rechte und jede den Mandatscharakter beeinträchtigende Vereinigung des Mandatsgebietes mit angrenzenden britischen Kolonien zu verhindern.

12. Reichsfrontsoldatentag

Dresdau, 31. Mai. An dem Anmarsch und Appell zum 12. Reichsfrontsoldatentag nahmen etwa 150 000 Stahlhelmangehörige teil. Die Zahl der Zuschauer wird auf 80 000 bis 100 000 Personen geschätzt. Unter den Ehren Gästen bemerkte man u. a. das ehemalige Kronprinzenpaar, den ehemaligen Chef der Heeresleitung, Generaloberst von Seeckt, und Generalfeldmarschall von Mackensen, der ebenfalls lebhaft begrüßt wurde. Der Beginn der Veranstaltung wurde durch Salutsschüsse eingeleitet. Es erfolgte zunächst eine Heidenzehrung. Dann sprach Divisionspfarrer Heinke, der u. a. ausführte: Die Heidenzehrung ist der Hauptnährboden des Idealismus. Heiden sind das Beste und Wertvollste eines Volkes. Unsere Zeit will vom Heidischen nichts wissen; aber Heiden sterben nicht, ob ihr Herz auch still steht, es schlägt weiter und ruft mit Macht zu großen Taten auf. Frontgeist ist nicht Raub und Mord, Frontgeist ist nicht Gemeinheit und Niedrigkeit, Frontgeist ist der Ausdruck des höchsten Idealismus. Und als solchen setzen wir ihn entgegen den Geist der Zeit als den Ausdruck des tiefsten Materialismus. Nach dem katholischen Geistlichen ergrieff Superintendent Roth das Wort. In seiner Ansprache erklärte er u. a.: Das Gedächtnis an

die gefallenen Kameraden veranlaßt uns, männlich dem ungeheuren Leid ins Auge zu sehen, das über Volk und Vaterland hereingebrochen ist. Allein aus der nationalen Bewegung erwachte die Bestaufgabe des deutschen Volkes, den unüberwindlichen Angriffsgest des Christentums zu entwickeln. Den Abschluß der Heidenzehrung bildete das gemeinsam gesungene Lied vom guten Kameraden.

Dann erfolgte die Weihe von 25 neuen Fahnen durch den zweiten Bundesführer Dükerberg. In seiner Weiherede führte der Bundesführer u. a. aus: Der Frontgeist lebt in Millionen und wird wie eine Fahne das deutsche Volk eins erfassen. Wäge der Tag einst kommen, an dem diese Fahne über ein geeinigtes, bereitetes Deutschland wieder wehe.

Hieran schloß sich eine Rede des ersten Bundesführers Franz Seibte. In dieser heißt es u. a.: In gleicher Zahl und Geschlossenheit wie vor acht Monaten in Koblenz sind wir heute in der Hauptstadt des bedrohten schlesischen Landes aufmarschiert. Trotz aller wirtschaftlichen Not haltet Ihr wieder in vorbildlicher Treue zu unserer Idee persönliche Opfer und Entbehrungen an Euch genommen, um für die Macht und das Recht des „Stahlhelms“ zu kämpfen.